

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 42. TELEFON 53077.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Donnerstag, 5. Dezember 1935

Nr. 283

## Ansteigen der Arbeitslosigkeit

Im November von 602.000 auf 670.000  
Der Monat November verzeichnet ein stärkeres Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Während Ende Oktober bei den Arbeitsvermittlungsbüros 602.775 Arbeitslose verzeichnet waren, stieg deren Anzahl bis Ende November auf etwa 679.000, d. i. also um mehr als 76.000. Das Wachstum der Armees der Arbeitslosen ist damit größer als in der gleichen Zeit des Vorjahres, da es Ende Oktober 599.404, Ende November 668.937 Arbeitslose gab, das Ansteigen im November 1934 demnach etwa 69.000 betrug.

## Heute Regierungserklärung

Zu der Donnerstagabend-Sitzung des Hauses wird nach dem Budgetreferenten Ministerpräsident Dr. Šodža das Wort ergriffen, um eine ausführliche Erklärung über das Programm seiner Regierung vorzutragen.

## Die französische Krise Freitag Kammerabstimmung

Paris. Die Aussprache in der Deputiertenkammer über die Innenpolitik wird Donnerstag fortgesetzt werden. Die Abstimmung dürfte wahrscheinlich erst am Freitag abends erfolgen. In den Kreisen der Regierung hofft man, daß es der Regierung gelingen wird, bis zu dieser Zeit die in den Reihen der Radikalen neuerdings aufgetauchte Opposition zu mildern. Laval werde in seiner Antwort prinzipiell betonen, daß die Regierung „die Ordnung für alle und gegen alle, die sie bedrohen, halten werde“.

## Kube erledigt

Nazikorruption im Vordergrund  
Die „Times“ weisen daraufhin, daß mehr noch als die ungeheure Korruption und Dieberei an öffentlichem und privatem Gut, die in den Nazizentralen selbst dem Regime gegenüber fährlich zu werden drohen. Um wenigstens diese Quelle von Morderei und Mordmordtum neben dem Lebensmittelmangel und Ausraubung durch Diebstahl und Extra-Abgaben zu verstopfen, hat man den Himmel losgelassen. Das hat in der Mark Brandenburg an und eines der ersten Opfer ist der Sanleiter und Landtagspräsident Wilhelm Kube. Hitler ließ ihn ab, die Verhaftung folgte und seither hört und sieht man nichts mehr von dem Ober-Kube. Es heißt, daß er einem „Selbstmord“ in der Zelle zum Opfer gefallen sei. Die bereits gemeldete Verhaftung des Gaupresserefers und Rundfunkredakteurs Schulze-Wechsungen hing mit der Affäre Kube unmittelbar zusammen.

## Eine Rede Stalins

Vermehrte Getreideproduktion notwendig  
In den Verhandlungen des Personalrats für die Bedienung landwirtschaftlicher Maschinen hielt Stalin eine Rede, in der er sagte, daß die Sowjetunion in den letzten Jahren einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von etwa drei Millionen Menschen zu verzeichnen habe. Nach einem Hinweis auf die Bedeutung der Steigerung der Getreidevorräte für die weitere Entwicklung der Wirtschaft und die Befriedigung des wachsenden Bedarfs der Bevölkerung an Fleischprodukten erklärte Stalin weiter: Das sind die Ursachen, die das Antlitz unseres Landes radikal verändern und uns vor die unaufschiebbare Aufgabe stellen, die alljährliche Getreideproduktion in der nächsten Zukunft auf sieben bis acht Milliarden Pud zu bringen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß es möglich sei, diese Aufgabe zu erfüllen. Vor allem aber sei hierfür erforderlich, daß die herrschende Wirtschaftsform auf dem Gebiete des Ackerbaus in der Sowjetunion nicht eine Kleinlandwirtschaft, sondern eine Großwirtschaft sei, die fähig ist, sich die moderne Technologie zu eignen und modernes agrarwissenschaftliches Wissen in genügender Maße auszunutzen.

## Eintritt der Hlinkapartei in die Regierung

### Deutsche Christlichsoziale in die Koalition?

Wie das „Prager Tagblatt“ Mittwoch abend meldet, steht der Eintritt der slowakischen Volkspartei in die Regierung unmittelbar bevor. Die Verhandlungen, welche zwischen dem Ministerpräsidenten Šodža und Hlinka geführt wurden, sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Die slowakische Volkspartei wird durch zwei Minister in der Regierung vertreten sein. Um zu einem praktischen Abschluß zu kommen, werden zwei neue Ministerien geschaffen werden. So soll das Ernährungsministerium reaktiviert werden. Die deutschen Christlichsozialen, die gleichzeitig mit der Hlinkapartei der Regierungsmehrheit angegliedert werden sollen, dürften sich fürs erste mit einem Vizepräsidenten in einer der Kammern zufrieden geben.

## Widersprechende Nachrichten vom Kriegsschauplatz

### Abessinische Meldung: Italiener räumen Gorrahal und Gerlogubi Italiener melden Erfolge bei Makale

Abdis Abeba. Die abessinische Regierung bestätigt kategorisch die Nachricht, daß die italienischen Truppen Gorrahal und Gerlogubi geräumt haben. — Nach Meldungen von der Südfrent sollen die italienischen Streitkräfte die Kampfhandlungen vorläufig eingekesselt haben, da sie ihre unter schweren Opfern eingenommenen Stellungen wieder verloren hätten. Auf abessinischer Seite wird von militärischen Sachverständigen die Ansicht vertreten, daß die italienischen Streitkräfte an der Südfrent für die nächsten drei Wochen jede Angriffsmöglichkeit verloren hätten, zumal es den abessinischen Truppen gelungen sei, die seit dem Angriff auf Hal-Hal von den Italienern besetzten Gebiete ohne große Opfer wieder zurückzugerobern.

Paris. Wie die französischen Kriegsberichtserhalter melden, rücken die abessinischen Truppen in der Richtung auf Makale vor. Man erwartet, daß die Abessinier ehestens eine größere Offensive unternehmen werden. Es scheint, daß die Taktik der Abessinier dahin gehen wird, gleichzeitig mindestens an drei Stellen eine Schlacht zu liefern, damit so die italienische Armee gezwungen werde, ihre Kräfte zu zersplittern.

Auch an der Südfrent von Gaden soll sich das Kaiserreich zu einer Offensive entschlossen haben. Der Kaiser von Abessinien ist in Dschibbaga eingetroffen und hat die letzten diesbezüglichen Weisungen gegeben.

Unweit des Takasse-Flusses und in der Nähe von Debra, südwestlich von Makale, fanden Schermühen zwischen den Italienern und den Abessinieren statt. Die abessinischen Truppen

räumten heute die Stadt Gorrahal vollständig, damit die Zivilbevölkerung nicht durch italienische Luftbombardements bedroht werde.

Abdis Abeba. Mittwoch abends kam es zu einigen kleineren Vorpostengefechten bei Makale. Die Abessinier zogen sich schnell zurück. Es kann mit ziemlicher Sicherheit behauptet werden, daß die Abessinier nicht nur auf Makale vorrückten, sondern auch einen geeigneten Weg für einen Vorstoß über den Tala-See suchten. — Südwestlich von Makale stießen am Talazzi-Fluß bei Debra italienische Truppen auf feindliche Kräfte. Nach kurzem Feuergefecht, in dem vier weiche italienische Soldaten fielen, wurde der Gegner geschlagen. Die Vorhut des Eingeborenenkorps drang bis in die Gegend von Tacciano westlich von Hella vor. Das Tembien-Plateau ist damit so gut wie umzingelt. Starke feindliche Kräfte nähern sich den Talazzi-Flüssen und Makale.

## Teilnahme Chinas an den Sanktionen

Schanghai. Zur Inkraftsetzung der vom Völkerbund beschlossenen Sanktionsmaßnahmen gegen Italien verhängte die chinesische Regierung mit dem Ertritte des 3. Dezember das Verbot der Ausfuhr von Lasteren, Jagtieren, Gummi, Metallen, Erzen und Metalllegierungen nach Italien und den italienischen Kolonien sowie das Verbot des Abschlusses neuer Handelsgeschäfte zur Einfuhr italienischer Waren nach China, wobei jedoch Gold und Silber in Barren oder Münzen sowie Druckfaden ausgenommen sind.

## Judenhetze in Polen

Warschau. An der Posen-Universität kam es heute zu neuen stürmischen antisemitischen Demonstrationen, die besonders an der medizinischen Fakultät der Universität einen größeren Umfang angenommen haben. Die nationalistischen Hochschüler mißhandelten die jüdischen Studenten und drängten sie aus den Vorlesungssälen hinaus. Die antisemitischen Demonstrationen setzten sich dann auf der Straße in der Nähe des Universitätsgebäudes fort.

## Fascismus im Norden Lettland, Estland, Litauen

Es ist wahrlich kein Wunder, daß die demokratische Presse West- und Mitteleuropas in der letzten Zeit so wenig Interesse für die baltischen Staaten zeigt, denn diese haben einer nach dem anderen auf dem Wege des Umsturzes ihre demokratischen Verfassungen vernichtet, die faschistischen Methoden angenommen und somit den alten west-europäischen Demokratien den Rücken zugekehrt.

Fast hundertprozentig ist der Faschismus in Lettland durchgeführt, halbfaschistisch in Estland, und Litauen bewegt sich mit seinen Regierungsformen so ziemlich zwischen diesen beiden Staaten. In Estland sind die politischen Parteien und auch das Parlament noch nicht aufgelöst, sie dürfen sich augenblicklich nur nicht betätigen. Es besteht auch eine beschränkte Pressefreiheit. Die Arbeiterorganisationen dürfen Versammlungen, die einen politischen Charakter haben, nicht abhalten, aber ihre kulturelle Tätigkeit ist nicht eingeschränkt.

In Litauen, wo die gewalttätige Vereinnahmung der Volksgewalt und Auflösung der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien schon im Jahre 1926 stattfand, gerät man allmählich vollständig in das Geleise Lettlands. Nur außenpolitisch orientieren sich diese beiden Länder in entgegengesetzter Richtung: Litauen nach Rußland, Lettland nach Deutschland. Innenpolitisch lauscht man dem lettlandischen „Führer“ alle Schritte ab. Bis hierher hatte die linksdemokratische Partei der „Laudinink“ und die Partei der christlichen Demokraten (katholische Fortschrittspartei) eine gewisse Bewegungsfreiheit. Nach den letzten Bauernunruhen wurden beide Parteien aufgelöst und es herrscht jetzt im Lande eine rein autoritäre Regierung, die sich auf das Militär stützt. Nach den Bauernunruhen wurde die Zensur verschärft und für kurze Zeit über einen Teil des Landes der Kriegszustand verhängt. Die Lage der Bauern ist noch miserabler geworden nach der Sperrung der deutschen Grenze für gewisse landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Viel schlimmer sieht es aus in dem dritten baltischen Staate — in Lettland —, wo das parlamentarische Regime erst im vorigen Jahre gestürzt wurde. Den Umsturz hatte der Bauernbündler und damalige Ministerpräsident Ulmanis arrangiert und vollzog ihn mit Hilfe des aus Bauernjungen bestehenden Sanktionskorps mit entsprechender Brutalität. Die sozialdemokratischen Deputierten, Stadt- und Gemeinderäte, sowie alle sozialdemokratischen und Gewerkschaftsfunktionäre wurden verhaftet und seit ein Jahr im Konzentrationslager gehalten. Der Parlamentarismus vorliegende sind noch drei Deputierten dem Kriegsgericht übergeben und abgeurteilt, darunter das Mitglied der Sportinternationale Bruno Kalinin, der noch jetzt im rigaschen Zentralgefängnis schmachtet.

Die Funktionen des Parlamentes übernahm das aus Bauernbündlern zusammengesetzte Ministerkabinett, an dessen Spitze Ulmanis sich stellte. Es wurde über das ganze Land der Kriegszustand verhängt, die gewählten Selbstverwaltungskörperchaften in den Städten und auf dem Lande abgesetzt und mit Funktionären des Bauernbundes ersetzt. Die übrigen politischen Parteien aufgelöst, das Eigentum der sozialdemokratischen Partei konfisziert und dann verkleinert mit frecher Stirne der frischgebildete „Führer“, daß das Volk jetzt frei vom Joch der politischen Parteien und geeint sei und im Chore wiederholten diese Lüge seine gut-befehlenden Journalisten in der gleichgeschalteten Presse, Administrative Strafen regneten über die, welche nicht aufs Wort parierten und Geschicklichkeit suchten. Mit Festen und patriotischen Reden versuchte man den Volkswillen zu betäuben. Brot konnte man allen nicht verschaffen, man suchte es durch Spiele und Feste nach deutschem Muster zu ersetzen und belog das Arbeitsamt in Genf, indem man behauptete, daß es in Lettland keine Arbeitslosen gäbe.

Dabei sind noch jetzt alle aus dem Dienste entlassenen sozialdemokratischen Funktionäre, hunderte demokratische Lehrer, Gewerkschaftler und Arbeiterportier arbeitslos und es darf sie niemand anstellen, bevor die politische Polizei nicht dazu die Erlaubnis erteilt hat. Man demokratisiert das Volk und erzieht Handwerker und politische Schmiedler. Die Jugend wird vergiftet. Es wird wohl wenige Länder geben, in denen Korps-



# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Was kostet den Staat die Stilllegung der Telnitzer Porzellanfabrik?

Können wir uns leisten, 700.000 Kč dem Porzellankartell zu schenken?

Die Entscheidung über die Fortführung der Telnitzer Porzellanfabrik ist noch immer nicht gefallen. Zwar müssen die Arbeiter bereits feiern und jeder weitere Tag Arbeitsruhe bedeutet erhöhte Gefährdung der Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Arbeit, denn die Kunden haben keine Lust, auf die Ausführung ihrer Aufträge endlos zu warten, aber das Handelsministerium prüft und erwägt, fordert Gutachten ein und hält Besprechungen ab, als ob es nicht auf jeden Tag anläme. So schleppt sich die Angelegenheit bereits Wochen hin. Der 2. Dezember, bis zu dem eine endgültige Entscheidung zugesagt worden war, ist vorübergegangen, ohne daß das Handelsministerium die Telnitzer keramischen Werke angewiesen hätte, den Betrieb weiterzuführen, und so warten die Telnitzer Arbeiter und Angestellten mit enger gespanntem Hofenriemen, wann endlich die Prager Postkutsche unter dem munteren Schall des Posthorns in die Datschenschaft hereinrumpeln und den dann schon über die Schnelligkeit erhaunten Einwohnern einen Brief des Handelsministeriums überreichen wird.

Der Staat hat ja Zeit! Es kostet nur sein Geld, wenn die Fabrik stillsteht! Und was sind schon einige hundert Menschen bei vielen Millionen Einwohnern! Und was schon lumpige 700.000 Kč jährlich bei einem Jahresbudget von Milliarden! Auf solche Kapitalien kommt es uns nicht an, wir haben es ja!

700.000 Kč verliert nämlich der Staat, wenn die Telnitzer Porzellanfabrik ein Jahr stillsteht! Die Summe ist nicht übertrieben. Wir stellen ihre Zusammenfassung in das Licht der Öffentlichkeit, damit sich jeder überzeugen kann, daß es in Telnitz außer um das Los von etwa 500 Menschen (einschließlich der betroffenen Kanonknechten) um erhebliche Allgemeininteressen geht, die geschädigt werden, wenn nicht schnell und richtig entschieden wird.

Kč	
1. Staatsbeiträge zu den Stellenlofen- und Arbeitslofen-Unterstützungen:	
10 verheiratete Angestellte zu je 400 Kč pro Monat und 4 ledige Angestellte zu je 261 Kč pro Monat als Durchschnitt, der Jahr 120 organisierte Arbeiter mit einem angenommenen Durchschnitt von 50 Kč pro Woche ergibt 6000 Kč pro Woche, resp. für 52 Wochen	60.528,—
80 unorganisierte Arbeiter, die Lebensmittelkarten pro Woche per	312.000,—

## Kalte Dusche für Henlein

Prag Der Vorsitzende der Sudetendeutschen Partei Konrad Henlein sandte am 3. d. M. dem Vorsitzenden der Regierung Dr. Milan Hodža ein Telegramm feindselnd eine Erklärung, welche am gleichen Tage den Zeitungen zur Verfügung gestellt worden war.

Der Vorsitzende der Regierung hat dem Vorsitzenden der Sudetendeutschen Partei mit einem Brief geantwortet, in welchem er mitteilt, daß die Regierung der Republik für ihre Politik und für ihre Administrative den gesetzgebenden Körperschaften der Nationalversammlung verantwortlich ist und daß die Regierung auch eine jede Anfrage der Sudetendeutschen Partei auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie beantwortet.

## Abgeblitzt!

Die SdP hatte seinerzeit im Parlament eine sehr aufgeregte dringende Interpellation eingebracht, in der Bekehrung darüber geführt wurde, daß die Prager Polizeidirektion Anfangs November ein amtliches Kommuniqué über die Spionageaffäre Dienel und Konforten veröffentlicht hatte, in dem auch die Namen aller Verhafteten angeführt und u. a. die Jugendlichkeit einiger der Verhafteten zur SdP vermerkt wurde. Die Antwort der Minister für Inneres, Justiz und Verteidigung, die Mittwoch im Parlament veröffentlicht wurde, deckt die Prager Polizeidirektion in allen Stücken, namentlich auch gegen den Vorwurf der unrechtmäßigen Veröffentlichung von Tatsachen aus der Voruntersuchung, und erklärt zum Schluß, daß kein Grund zu irgendeiner Verfolgung vorliegt.

## Für die deutschen Theater in der Tschechoslowakei

Landesvertreter Dr. Strauß befahte sich am 4. d. M. mit der Budgetberatung, in der böhmischen Landesvertretung mit der schwierigen Lage der deutschen Theater in der Tschechoslowakei. Er

	Kč
10 Kč resp. 20 Kč erhalten, ergibt einen Jahresdurchschnitt von	62.400,—
<b>434.928,—</b>	
2. Entfall an direkten und indirekten Steuern:	
Umsatzsteuer für die Inlandslieferungen der Telnitzer Fabrik, errechnet auf Basis der Ergebnisse der ersten drei Quartale 1935	62.000,—
Dienstvertragsgebühren . . . . .	1.823.70
Einkommensteuern der Angestellten und Arbeiter von den Dienstbezügen . . . . .	7.821,—
Steuern auf Kohlenbezüge (1. Juli 34 bis 30. Juni 35) . . . . .	26.952.75
Umsatzsteuer auf bezogene Kohlen, Holz, Hilfs- und Verpackungsmaterial (1934) . . . . .	25.615.52
Transportsteuer für ins Inland verkaufte Ware und für ins Ausland verkaufte Ware (soweit im letzteren Falle auf die tschechoslowakische Strecke entfallend) auf Basis des Jahres 1934 . . . . .	9.691.75
Transportsteuer auf bezogene Kohle und Materialien . . . . .	21.172.95
<b>144.577.67</b>	
3. Entfall an Frachten:	
Auf Basis 1934:	
Inlandsfrachten auf ins Ausland exportierte Sendungen . . . . .	9.497.50
Frachten auf im Inland verbleibende Sendungen, z. B. . . . .	31.000,—
Frachten auf bezogene Kohle und Rohmaterialien . . . . .	91.749.40
<b>132.246.90</b>	
<b>Gesamtsumme . . . . . 711.752.57</b>	

Hierbei ist die Tatsache unberücksichtigt geblieben, daß die Bezüge an Kohle und Materialien durch die Betriebsstilllegung entfallen und dadurch die Lieferungen der Telnitzer Fabrik einen Ausfallumfang erleiden, was wieder eine geringere Beschäftigung der Arbeitnehmer der Lieferanten, eine Reduzierung an Einnahmen des Staates an Umsatz- und Frachsteuern und Frachten selbst bedingt.

Weiter wäre der Ausfall der an die Tschechoslowakische Nationalbank zustiehenden Zinsen aus den Telnitzer Exporten zu berücksichtigen.

Zweifelt noch jemand, daß schnell und richtig entschieden werden muß? J. T.

fährte zunächst aus, daß die Kunst des Theaters niemals so notwendig gewesen ist, wie gerade jetzt, denn das Theater hat die Aufgabe zur Menschlichkeit zu erziehen. Ohne höheres Theater gibt es keine höhere Kultur. In welchen Folgen die Not der deutschen Theater führt, zeigt, daß

44 Prozent der an den deutschen Theatern in der GEM beschäftigten Personen keine höhere Monats-einnahme haben als Kč 600.—, 13,4 Prozent von Kč 600.— bis 800.—, 21,4 Prozent von Kč 800.— bis 1000.—, 15,7 Prozent von Kč 1000.— bis 1500.—, zwei Prozent von Kč 1500.— bis 2000.— und 3,5 Prozent über Kč 2000.—.
---

Redner beschäftigt sich dann eingehend mit der Lage der einzelnen deutschen Theater und zeigt, daß trotz Zuschüssen des Staates und der Selbstverwaltungskörper der deutsche Theaterbetrieb ein Defizit von über vier Millionen Kč aufweist und daß die Theater in Wirklichkeit auf Kosten ihrer Angestellten leben. Ohne stärkere öffentliche Unterstützung können unsere sudetendeutschen Theater nicht weiter leben. So wie früher die Fürsten die Theater unterhielten, so muß es jetzt die Demokratie tun. Trotz der schweren Krise, in der wir leben, dürfen wir unsere deutschen Theater nicht zugrunde gehen lassen.

Ein neuer Vorstoß gegen die Brüner deutsche Technik. Herr Dr. Domin, Universitätsprofessor und Abgeordneter des Narodni Sjednoceni, hat im Parlament einen Antrag eingebracht, durch den die Regierung aufgefordert wird, in kürzester Zeit einen Gesetzentwurf über die Verankerung der deutschen technischen Hochschulen in Prag und Brünn einzubringen. Der Antrag operiert mit all den Argumenten, die seit langem von tschechisch-nationalistischen Kreisen gegen die Brüner deutsche Technik vorgebracht werden, namentlich wieder damit, daß die Zahl der Ausländer, vor allem der Ungarn, an der Brüner deutschen Technik zu groß sei. Unterschieden ist der Antrag außer von den Abgeordneten des Narodni Sjednoceni lediglich von ein paar slowakischen Volksparteilern.

## Wer nicht kuscht...

Der frühere SdP-Abgeordnete Nentwich wehrt sich

Bekanntlich wurde Ing. Nentwich wegen eines Privatbriefes, in dem er Personen und Zustände in der Demokration kritisierte, gezwungen, sein Abgeordnetenmandat „freiwillig“ niederzulegen. Neuestens hat man ihn auch aus der Partei hinausgeworfen, und zwar wegen angeblichen „partei-schädigenden Verhaltens“. Ing. Nentwich hat darauf an den „Stammesführer“ einen Brief geschrieben, in dem er u. a. sagt:

„In der parteioffiziellen Mitteilung werde ich als Kritiker und als ein Mann hingestellt, der durch „böse Nachreden und Intrigen“ gegen Parteifunktionäre seinen Ehrgeiz zur Geltung bringen wollte. Der Schlusssatz dieser Mitteilung: „In Ing. Nentwich verliert die SdP gewiß einen aktiven Menschen und begabten Redner, aber keinen Kameraden“, müßte dort zuletzt richtiger heißen: . . . . „aber keinen Kameradschafts-händler, und darum ist's nicht schade um ihn“.

Jedenfalls spreche ich jenem Kreis von Menschen, den heute die SdP diktatorisch „führt“, die Verachtung ab, über mich so zu urteilen, wie er es getan hat. Nichterleidene Sache zu sein, ist wohl bequem, jedoch nach uralten menschlichen Gesetzen unsittlich. Als eine glatte Perfidie oder muß ich den Versuch bezeichnen, mir kameradschaftliche Gesinnung und Haltung abzuschreiben. Mein Leben liegt offen da. . . . In einigen Tagen ist meine Broschüre allgemein zugänglich, die Kameraden aus den Ortsgruppen und die Öffentlichkeit werden dann urteilen.“

Ing. Nentwich hat also eine Broschüre verfaßt, aus der man sicher allerhand erfahren dürfte. Eben diese Broschüre ist es nun, die seinen Ausschluss bewirkt hat. Der Inhalt dieser Broschüre ist nämlich dem Führer siebenzweizehnrigen Turnlehrer zur Kenntnis gekommen, ehe sie öffentlich erschienen ist und dies auf eine Art, die auf die Begriffe von Ehrenhaftigkeit, wie sie in der SdP verstanden wird, ein bezweifelndes Licht wirft. Herr Nentwich hat ein Exemplar der Broschüre seinem „Kameraden“ Rössler „zugereichen lassen“, gegen sein Wort, nur Henlein unter vier Augen Einblick in die Schrift zu gewähren, überlassen, doch bis dahin kam es nicht, denn man sieht, wie Nentwich behauptet, Rössler „derart unter moralischen Druck“, daß er in einem inneren Protest und, einen falschen Ausweg aus einer scheinbaren Pflichtkonfliktsituation findend, die Schrift an May und Ritsch ausfolgte. Das sind Nentwichs gezeichnete „Kameraden“, gegen die er anklagend aufgetreten ist. Ing. Nentwich sagt weiter:

„Wie aber nennt man das Vorgehen, das unter Anwendung aller Machtmittel einen ehrlichen Menschen, wie Rössler, derart unter Druck setzt, daß er nicht mehr aus sich selbst spricht? Der fixe Jurist Dr. Neuwirth kann diese Frage wohl vom Rechtsstandpunkt aus beantworten. Rühmlich ist es keinesfalls, moralisch ebenfalls nicht.“

Jedenfalls haben Sie, Konrad Henlein, den wesentlichen Inhalt der Broschüre, den in kürzester Zeit auch die Öffentlichkeit kennen wird, bereits jetzt vor sich.

Ihr „Hoher Rat“ hat mich aus der Partei ausgeschlossen und Sie haben mit Ihrer Unterschrift dazu die Zustimmung gegeben. Dem völkischen Sudetendeutentum gehöre ich aber doch noch weiter an? Oder wird man, wie es schon anderen geschehen ist, die sich noch eine eigene Meinung bewahren und nicht kuschten, auch mir diese Zugehörigkeit absprechen verüben?“

Man braucht diesen Worten keinen Kommentar anzufügen, sie sagen über die Erneuerung des Teufels durch die Demokration genug. Danach kann man sich vorstellen, was erst Nentwichs Broschüre zu erzählen haben wird. Und man kann sich auch jetzt schon vorstellen, welche Mittel in Anwendung gebracht werden dürften, um die Verbreitung der Broschüre zu verhindern . . .

Der deutsche Unterricht für die in der Landesanstalt in Opolany untergebrachten deutschen Kinder war bereits einigemal Gegenstand von Anträgen in der böhmischen Landesvertretung. Obwohl in der Anstalt 47 deutsche Kinder sind, war es bisher nicht möglich, für alle die Einführung des Unterrichts in ihrer Muttersprache zu erreichen. Genosse Grund wiederholte diese berechtigten Forderung auch im Laufe der Budgetdebatte in der böhmischen Landesvertretung, wobei er auch darauf verwies, daß die Einberufung der Kinder in die Anstalt sich in vielen Fällen jahrelang verzögert, wodurch schwere Schädigungen hervorgerufen werden.

## Parteiberatungen

Der Vollzugsausschuß der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hielt Mittwoch eine Sitzung ab, die vom Parteivor-sitzenden Genossen Dr. Czoch mit einem tief empfundenen Nachruf auf die verstorbene Genossin Julie Hadenberg und auf den einem türkischen Morde zum Opfer gefallenen Genossen Walter Rosenzweig eröffnet wurde. Die Nachrufe wurden lebhaft angehört. Darauf erstattete Genosse Dr. Czoch ein eingehendes Referat über alle aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen, das nach einer regen Debatte, an der sich fast alle Mitglieder des Vollzugsausschusses, und zwar die Genossen Schäfer, Geller, Kalich, Taub, Meißner und Kremler beteiligten, angenommen wurde. Nach Erledigung der laufenden administrativen Angelegenheiten wurde die Sitzung geschlossen.

## Gesandter Fierlinger über Politik und Wirtschaft

Wien. In der Generalversammlung des Vereins für kaufmännische Interessen sprach Mittwoch der tschechoslowakische Gesandte Fierlinger über das Thema „Politik und Wirtschaft“.

Einleitend befahte sich Gesandter Fierlinger sehr ausführlich mit dem engen Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft, kam sodann auf die Weltwirtschaftskrise zu sprechen und behandelte schließlich eingehend das Wirtschaftsverhältnis zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich.

Beide Länder sind mitteleuropäische Staaten im wahren Sinne des Wortes, das bedeutet, daß beide Länder infolge ihrer geographischen Lage außerordentlich empfindsam sind und auf alle europäischen Ereignisse stets sehr lebhaft reagieren. Deshalb müssen sich beide Staaten von allen extremen Doktrinen fernhalten, denn ihre geographische Lage läßt eine einseitige Zielsetzung nicht zu. Die beiden Länder müssen immer bemüht sein, eine gesunde Synthese aller moralischen, politischen und wirtschaftlichen Strömungen zu finden.

Wahlergebnisse der Gemeindevahlen in den Gemeinden Kaunowa (Bezirk Saaz) und Sobrusan (Bezirk Tuz). Kaunowa: Tschechische vereinigte Parteien 294 Stimmen (8 Mandate), tschechische Sozialdemokraten 117 Stimmen (3 Mandate), Sudetendeutsche Volksgemeinschaft 202 Stimmen (7 Mandate). Sobrusan: Tschechische bürgerliche Parteien 95 Stimmen (2 Mandate), tschechische Nationalsozialisten 202 Stimmen (5 Mandate), tschechische Sozialdemokraten 142 Stimmen (4 Mandate), Kommunisten 87 Stimmen (2 Mandate), deutsche Sozialdemokraten 94 (2 Mandate), deutsche Kandidatenliste 17 (0), Sudetendeutsche Partei 119 Stimmen (3).

## Gemeinnutz geht vor Eigennutz

Korruption um Seldte

Der „Neue Vorwärts“ kündigt eine Artikelserie über die Korruption in der deutschen Rüstungsindustrie an. Er befaßt sich vor allem mit dem Wirken des Reichsarbeitsministers Seldte, der als Stahlhelmführer und Schnapsfabrikant seinerzeit die „Kreuzzeitung“ erworben hatte und dann seinen Einfluß im Reichswirtschaftsministerium benützte, um auf dem Umweg über die Zeitung große Summen aus der Industrie zu ziehen. Er arbeitete unter einer Decke mit den Majoren Schäfer und Wulst, welche letzteren er auch als Inzeratennetreiber beschäftigte, und mit dem Hauptmann Jöbstl. Zudem die sauberen Herren die Konturierung der beiden in Gasmaske führenden Firmen Draeger und Auer A.-G. ausübten, verschafften sie sich große Provisionen. Am Leute aus dem Ministerium zu gewinnen, hat Seldte im Namen der Kreuzzeitung Geschenk-Körbe an einflussreiche Offiziere verschickt. So erhielt der jetzige Staatssekretär Ritsch — Görings erster Gehilfe in der Luftfahrt — der General Reichmann, aber auch der Staatssekretär Weisner solche Körbe im Werte von je 270 Mk.

Man sieht, daß die Wechselform der Nation den Geldbeutel einiger Führer sehr zuträglich war und daß im Dritten Reich Gemeinnutz vor Eigennutz geht für und für!

## Kanonnen sind wichtiger als Lebensmittel

Konzentrationslager für Butterhamsteret

Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“: In einer Massenkundgebung der RSDAP in Berlin erklärte der württembergische Minister des Innern Dr. Schmid, wer hamstere, verdiente nicht den Namen Volksgenosse. Die Polizei werde nicht davor zurückschrecken, eine Kontrolle in den Speisecamern der Hamstere vorzunehmen, und er, der Minister, werde jeden derartigen Hamstere ohne Ansehen der Person nach Dachau schicken und dafür sorgen, daß er sobald nicht wieder zurückkomme. Wichtiger als das Verteilung sei die Schaffung eines starken Heeres.





